



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

19. März 2024

AfD und Bildung +++ Hamburger AfD zur Wohnungspolitik +++ Klare Kante gegen Rechts! +++ Kein Elbtower-Untersuchungsausschuss +++ AG Ost vitalisiert Elbtower +++ »Wohnopoly« im Berner Schloß +++ Wohnungspolitische Achse Hamburg-Berlin +++ Bezirksversammlungswahlen zweiter Teil +++ »PubliCum Ex«

**LEUCHTENDE
MENSCHENKETTE
FÜR DEMOKRATIE**

Wann: Do., 21. März 2024 – Treff: 18:30 Uhr, Leuchten: 19:00 Uhr
Wo: Binnenalster, Ballindamm (Europapassage)

AWO Hamburg | AMNESTY INTERNATIONAL | DGB | BUND | Lebershilfe | MISZOVANIS | SKIT | FAMILIEN PLANUNGS ZENTRUM | SOVD | OMAS GEGEN RECHTS | SICH HAM

Liebe Leserinnen und Leser,

was kommt da auf uns in den nächsten Jahren eigentlich zu? Diese Frage stellen sich zurzeit viele Menschen. Zu den großen Sorgen, die sicher nicht nur uns erfassen, tragen auch einige Politiker*innen mit markigen Sprüchen maßgeblich bei. Nehmen wir Boris Pistorius, Bundesverteidigungsminister, der meint: »Wir müssen kriegstüchtig werden.«¹ Diese Aussage bekommt ihren richtigen Drive erst, wenn sie im Zusammenhang beispielsweise mit dem noch bis Ende Mai laufenden, größten NATO-Manöver seit Ende des Kalten Krieges

(»Steadfast Defender«) oder der Diskussion um die »Ostsee als NATO-Meer« gesehen wird. Vom Trommeln einer Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und eines Anton Hofreiter (GRÜNE) für die Belieferung der Ukraine mit Taurus-Marschflugkörpern erfahren wir in der Presse täglich, von der wachsenden Ablehnung der Bevölkerung – 61 % waren Anfang März gegen eine Lieferung, nur 29 % dafür² – aber nur am Rande. Von einer bewussten Politik, die Gesellschaft zu

¹ Pressemeldung des Ministeriums vom 10.11.2023.

² Die Tagesschau, online vom 7.3.2024.

militarisieren, spricht der aus Hamburg kommende, frühere linke Bundestagsabgeordnete Jan van Aken in einem Interview.³ Und dass mit der rasanten Aufrüstung eine »sozialpolitische Zeitenwende« (so der Armutsforscher Christoph Butterwegge) einhergeht, bringt niemand treffender zum Ausdruck als Finanzminister Christian Lindner. In einer Talkshow machte er Ende Februar deutlich, dass »ein mehrjähriges Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen« nötig sei.⁴

Neben der Militarisierung und dem drohenden Sozialabbau gehört sicherlich auch die gesellschaftliche Rechtsentwicklung zu den bedrohlichsten Entwicklungen unserer Zeit. Wir haben uns deswegen für diese BB-Ausgabe die Hamburger AfD und ihre reaktionäre Ausrichtung in der Wohnungs- und

Bildungspolitik vorgenommen. Denn es gilt in den kommenden Monaten, diese Partei und die mit ihr verbundenen Kräfte nicht nur durch große Manifestationen auf der Straße (»Wir sind mehr!«) in die Schranken zu verweisen. Es muss auch darum gehen, den Kampf um die Köpfe zu gewinnen, also bessere Argumente zu liefern und den Rattenfänger*innen in der konkreten Auseinandersetzung entgegenzuwirken (»Wir sind besser!«). Auch insofern kommt der Aufruf des neuen Bündnisses »Klare Kante gegen Rechts! Hamburg stoppt die AfD!« genau richtig. Mehr dazu ebenfalls in dieser Nummer.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir trotz alledem und alledem einen wunderbaren Frühlingsanfang.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho

³ Neues Deutschland, online vom 23.2.2024.

⁴ junge welt, online vom 24.2.2024.

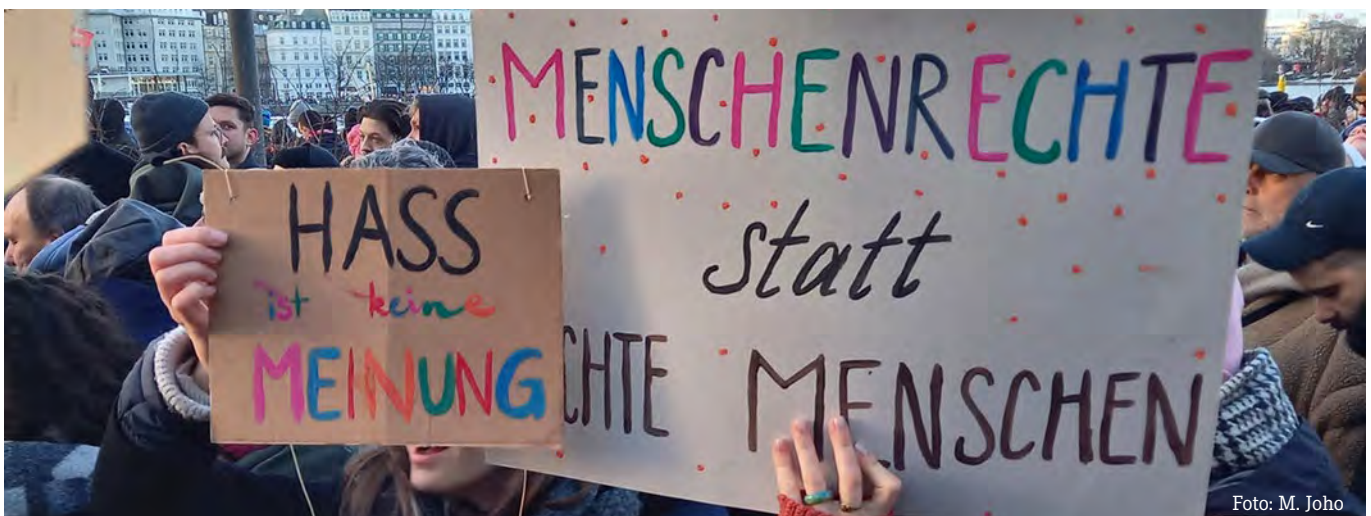


Foto: M. Joho

Leuchtende Menschenkette für Demokratie

Am Internationalen Tag gegen Rassismus (21. März) ruft ein breites Bündnis von AWO Hamburg, Amnesty International, Fridays for Future, Unternehmer ohne Grenzen, Hamburg Pride, Lebenshilfe, DGB und vielen weiteren dazu auf, ein leuchtendes Zeichen für unsere demokratischen Werte und gegen Rassismus zu setzen. Unter dem Motto »Hand in Hand gegen Rassismus« soll ab 18.30 Uhr eine Menschenkette rund um die Binnenalster gebildet werden, die dann auf ein Startsignal um ca. 19.00 Uhr mit Handytaschenlampen und anderen elektrischen Lichtern ein Zeichen gegen Rassismus und für Demokratie und Menschenrechte setzen wird.

In den letzten Wochen haben bereits hunderttausende Menschen auf der Straße Haltung bewiesen und denen etwas entgegengesetzt, die versuchen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu untergraben und abzuschaffen. Daran wollen die Initiator*innen der Aktion anknüpfen und auch in Hamburg weiterkämpfen: gegen den Versuch von Rechtsextremist*innen, unsere Gesellschaft zu spalten und gegen Rassismus.

Termin: Donnerstag, 21. März

Treff 18.30 Uhr; Leuchten ab 19.00 Uhr

Ort: Binnenalster, Treff: Ballindamm (Europapassage)

Hinweis: Bitte aufgeladenes Handy oder Taschenlampe mitbringen

Folgende Verbände und Vereine rufen bislang zur Aktion auf: AWO Hamburg, Amnesty International, Arbeitskreis Lokale Ökonomie, AStA Universität Hamburg, BUND Hamburg, DGB, Fachschaftsrat Rechtswissenschaft Uni Hamburg, Familienplanungszentrum, Fridays for Future, Hamburg Pride, Hochschulgruppe Amnesty Uni Hamburg, Jusos Hamburg, Lebenshilfe Hamburg, Medical Volunteers, Mieterverein zu Hamburg, Omas gegen Rechts, Refugee Law Clinic Hamburg, Schüler*innenkammer Hamburg, Soziale Initiative Hamburg, SoVD Hamburg, Unternehmer ohne Grenzen (Stand: 15.3.2024).

www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/2024-03/leuchtende-menschenkette-fuer-demokratie

AfD und Bildung: Ordnung und Disziplin

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Die AfD ist eine völkisch autoritäre Partei, deren Politik eine Potenzierung des in den 1980er begonnenen neoliberalen Abbaus von Staats- und Gemeineigentum, einen unregulierten Turbokapitalismus befördert, Schranken für Ausverkauf und Heuschreckenpolitik einreißen will und einen Generalangriff auf die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Arbeitslosen, Geflüchteten und Migrant*innen bedeutet. Auch Mieter*innen, Bahnfahrer*innen und auch Autofahrer*innen hätten zu leiden: größere Mietenexplosion bei weniger Leistungen, ein weiteres Bahnchaos durch erhöhten Wettbewerb und marode Straßen und Brücken durch fehlende öffentliche Instandhaltung. Und auch in den Schulen unseres immer noch dem Kaiserreich angelehnten undemokratischen Bildungswesens würden die Verhältnisse unter einer AfD-Bildungspolitik für die jungen Menschen verschärft.



Sprayer im Einsatz (Foto: Hanno Plass)

Das Wahlprogramm der Hamburger AfD zur letzten Bürgerschaftswahl 2020 ist ein Kompendium reaktionärer Schul- und Bildungsphantasien. Grundlegend sind Spaltung, Trennung und Segregation der Schüler*innen unserer Stadt. Der mythische Urgrund des Bildungsverständnisses ist ein Lernen nach Leistungsbereitschaft und -fähigkeit, das durch eine äußere Differenzierung in Gymnasium und Stadtteilschule verfestigt werden soll. Statt einer Lernkultur in vielfältigen (heterogenen) Lerngruppen sollen homogene Lerngruppen, verstärkter Frontalunterricht, Übungen à la »Nürnberger Trichter«, stärkere schulische Segregation – titulierte als »Aufwertung des Gymnasiums« – angestrebt werden. Die Verstärkung der Trennung der Schüler*innenschaft und die Abwertung einer gemeinsamen Beschulung aller Schüler*innen, gerade unter der Prämisse der UN-Behindertenrechtskonvention, ist der wesentliche Tenor der bildungspolitischen Konzeption der AfD. Die Abiturquote soll gesenkt werden, mit der Begründung, dieser Abschluss stelle

eine besondere Leistungsfähigkeit unter Beweis und würde durch eine zu hohe Quote »entwertet«. (Steht nicht im Programm, wird aber fast in jeder bildungspolitischen Debatte so vorgetragen.)

Entsprechend wird die Bedeutung des Handwerks glorifiziert! Damit keine Missverständnisse aufkommen: Wir finden auch, dass das Abitur oftmals als der einzig und wahre Prämiensabschluss überhöht wird und eine Ausbildung als gleichberechtigter und gleichwertiger Bildungsweg gewürdigt werden muss, aber im Unterschied zur AfD-Rhetorik meinen wir, dass alle jungen Menschen die gerechte Chance auf alle möglichen schulischen Abschlüsse erhalten müssen!

Auch Disziplinierungsmaßnahmen sollen verschärft werden. Das Gymnasium soll als Elitenausbildungsstätte gestärkt werden, weniger Schüler*innen sollen auf diese Schule gehen – durch eine gemeinsame Entscheidung von Grundschule und Eltern, ggfs. eine schriftliche Prüfung – und mehr nach Klasse 6 abgeschult werden. Entlarvend ist die Bemerkung, »traditionell war das mehrgliedrige Schulsystem auf das Leistungsprinzip ausgerichtet«. Fest steht also, die AfD ist bildungspolitisch im 19. Jahrhundert hängen geblieben und stellt mitnichten eine Alternative dar!

Auch die verheerende Koppelung von Herkunft und Bildungserfolg ist der AfD kein Grund zum Nachdenken, im Gegenteil: Sie propagiert den Ort der Familie (Vater, Mutter, Kinder) und die bedeutende Rolle der Mutter zu Hause als Hüterin des Familienlebens und Co-Lehrerin ihrer Kinder!

Besonders betont die AfD, dass eine demokratische Meinungsvielfalt, auch im Kontext politische Bildung in der Schule, bestehen bleiben müsse. Damit meint sie wohl, dass AfD-Positionen als Teil des Meinungsspektrums toleriert werden müssten. Dazu ziehen sie den Beutelsbacher Konsens hinzu, der angeblich ein »Neutralitätsgebot« begründe. Wie so vieles, ist auch das falsch.

Die pädagogischen Grundlagen und das »Fachwissen« der AfD scheinen zum einen Wikipedia zu entspringen, zum anderen der blassen Erinnerung an die bieder-komischen Penälerfilme der 1950er-Jahre. Immerhin schwingt in diesen ein leicht kritischer Zeitgeist mit, wenn Pepe Nietnagel sich von seiner Elterngeneration distanziert, die »zum Beispiel Adolf Hitler gewählt haben.« Diese Distanz kann man dem bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Alexander Wolf ganz sicher nicht nachsagen, ist er doch Herausgeber eines Buches mit Liedern aus dem Nationalsozialismus namens »Der Schlachtruf«!¹

¹ Alexander Wolf - AfD-Watch Hamburg (afd-watch-hamburg.org).

Die Wohnungspolitik und die Hamburger AfD oder: Warum Mieter*innen diese Partei besser nicht wählen sollten

Von Michael Joho und Heike Sudmann

Hunderttausende Menschen sind in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen, um gegen den erstarkenden Rechtsextremismus und namentlich die AfD zu demonstrieren. Und trotzdem scheint der Höhenflug dieser vermeintlichen »Alternative für Deutschland« anzuhalten, zumindest gemessen an verschiedenen Wahl-Umfragen, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, aber durchaus auch in Hamburg.

Es ist schon erstaunlich, warum zurzeit so viele Menschen – in ostdeutschen Regionen bis zu über 30% – ihre Stimme ausgerechnet dieser Partei geben würden. Schließlich vertritt sie Positionen, die keinesfalls im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung sein dürften. »Wenn die AfD an die Macht käme...«, lautet der Titel einer sehr anschaulichen Broschüre von ver.di Mittelfranken, in der die Gewerkschaft anhand von Parteiaussagen veranschaulicht, was unter einer AfD-Regierung(sbeteiligung) droht: der Verlust an Arbeitnehmer*innenrechten, die Verbannung der Frauen in überholte Rollenmuster, einschneidende, inhumane Maßnahmen gegen Zugewanderte und Geflüchtete usw.¹ Seltsamerweise fehlt in diesem Material der Hinweis auf die mieter*innenfeindlichen Vorstellungen der AfD. Schauen wir uns daher an, was die AfD insbesondere zur Hamburger Wohnungs- und Mietpolitik, zu sagen hat.



Wes Geistes Kind die Hamburger AfD ist, das macht vor allem auch ihre Bürgerschaftsfraktion regelmäßig in Brandreden, schriftlichen Statements und natürlich auch in Anträgen deutlich. Nehmen wir exemplarisch ein paar Überschriften einiger ihrer Bürgerschaftsanträge aus der laufenden 22.

¹ <https://mittelfranken.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++c9aafb80-3698-11ee-8481-90b11c4f1b2d>,

Legislaturperiode, aus denen alleine schon die ideologische Verortung und konkreten Ziele hervorgehen:

- »Schluss mit der Klimahysterie: Verbot von Heizpilzen in der Hamburger Gastronomie dauerhaft aufheben« (Drs. 22/1413 vom 15.9.2020);
- »»Antirassismusbeauftragten« am UKE streichen« (Drs. 22/10137 vom 30.11.2022);
- »Gendersprache in Hamburger Schulen stoppen« (Drs. 22/10695 vom 18.1.2023);
- »A20 und A26 endlich fertigbauen« (Drs., 22/11565 vom 25.4.2023);
- »Erhöhung der Freibeträge im Bereich der Erbschaftsteuer« (Drs. 22/12298 vom 21.6.2023);
- »Klimaneutralität ist nur mit Kernkraft zu erreichen« (Drs. 22/13292 vom 23.10.2023).

Dieser kleine Auszug aus Anträgen seit 2020 macht bereits deutlich, dass die hamburgische AfD eine Partei ist, die alle Weckrufe der Gegenwart – das Klima retten, soziale Gerechtigkeit schaffen, den Reichtum umverteilen, die Verkehrswende einleiten usw. – in den Wind schlägt. Ganz besonders gilt das auch für die Wohnungspolitik, deren Credo Rolf Bosse, der Vorsitzende des Hamburger Mietervereins, jüngst auf den Punkt brachte: »Die AfD ist eine mieterfeindliche Partei.«² Auf einem Blog der LINKEN-Politikerin Caren Lay wird das so formuliert: »AfD: Wohnungspolitik fürs Kapital.«³

Die Sozialwissenschaftler Nils B. Ludwig und Michael Mießner stellen diese Frage: »Wohnen als Profilierungsfeld der AfD?«. Sie stellen fest, dass diese Partei in den vergangenen Jahren verstärkt versucht, mit Urbanisierungskritik, migrationsfeindlichen Parolen, Eigenheimfixierung und Kritik an staatlicher Regulierung des Wohnungsmarktes Einfluss zu gewinnen.⁴ Leider kann die AfD mit ihren Thesen an einer völlig unzureichenden und unsozialen Wohnungspolitik im Bund und auch in Hamburg ansetzen, einer Politik, die der DGB und der Deutsche Mieterbund vor einiger Zeit mit einer »Vier minus, mit Tendenz zu mangelhaft« bewerteten.⁵ Genau diese dramatische Entwicklung führt laut »Frankfurter Allgemeine Zeitung« dazu, dass »der Wohnungsmangel den Aufstieg der AfD befeuert.«⁶

² Hamburger Morgenpost, online vom 22.2.2024, www.mopo.de/hamburg/mieterverein-ruft-zur-demo-die-afd-ist-eine-mieterfeindliche-partei/,

³ Links bewegt, vom 5.5.2021, www.links-bewegt.de/de/article/307.afd-wohnungspolitik-f%C3%BCr-das-kapital.html,

⁴ sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Bd. 10 Nr. 2/3-2022, S. 237-247, <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/800>.

⁵ Neues Deutschland, online vom 6.12.2023, www.nd-aktuell.de/artikel/1178316.wohnraum-wohnungspolitik-vier-minus-tendenz-mangelhaft.html.

⁶ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, vom 25.2.2024.



<https://mittelfranken.verdi.de/++file++64d388db0e0f25b7254fe9fb/download/verdi-NoAfD-Brosch%C3%BCre-2023-komplett-Internet.pdf>

Tatsächlich macht der Bereich »Wohnen und Soziales« im Programm der AfD zur Hamburger Bürgerschaftswahl Anfang 2020 zwar nur zweieinhalb (von 40) Seiten aus, er rangiert in der Kapitelfolge aber gleich hinter den Komplexen »Innere Sicherheit« und »Migration«. ⁷ Entsprechend der Bundeslinie wird bezahlbarer Wohnraum gefordert, aber nicht etwa durch Schaffung geförderter Sozialwohnungen, sondern durch die Ausweitung des individuell gezahlten Wohngeldes und eine ausgebauten Eigenheim-Förderung. Eine Nachverdichtung lehnt die AfD weitgehend ab, namentlich in den Elbvororten und in den Walddörfern. Spürbar ist das Ideal einer Stadt mit reichlich Eigenheimen und einem netten Vorgärtchen, eine antimoderne Fantasie, die durch Eigenheimförderung, Steuererleichterungen, die Abschaffung der Grundsteuer und ein »Bau-Wohngeld« auf Kosten der Natur brachial realisiert werden soll. Geförderte Wohnungen, auf die die Hälfte der Hamburger*innen einen Anspruch hat, spielen im Programm der AfD keinerlei Rolle, ebenso wenig solche Aspekte wie eine Mietendeckelung oder die Verbesserung des Mieter*innenschutzes beispielsweise gegen Umwandlung und möblierte Klein(st)wohnungen. Die zentrale Parole lautet schlicht: »Die AfD setzt sich dafür ein, die Eigentümerquote in Hamburg deutlich zu erhöhen.«

Wie schlagen sich diese wahlprogrammatischen Aussagen der Hamburger AfD nun im Antragsverhalten ihrer Bürgerschaftsfraktion nieder? 25 Anträge (von insgesamt 442) hat sie zu den Arbeitsbereichen Wohnungs- und Mietenpolitik seit Beginn der Legislaturperiode Anfang 2020 eingebracht. Da geht es zum einen um kleinere Punkte wie die Verlängerung der Auslegung von Bebauungsplänen (Drs. 22/159 vom 5.5.2020), die bessere Beteiligung der Öffentlichkeit bei B-Planverfahren (Drs. 22/6268 vom 3.11.2021) und die Beteiligung aller Fraktionen an den Verhandlungen des »Bündnisses für Wohnen« (Drs. 22/1571 vom 29.9.2020). Bei einem Drittel der Anträge hat die AfD-Fraktion das Landesparlament offenbar veräppeln wollen, weil sie achtmal hintereinander einen nahezu wortgleichen, immer wieder abgelehnten Antrag eingebracht hat, nämlich eine quantitative und qualitative Studie zur Situation der Obdachlosigkeit in Auf-

⁷ Wahlprogramm der AfD Hamburg für die Bürgerschaftswahl 2020, S. 14-17, <https://afd-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/01/Bu%CC%88r-gerschaftswahlprogramm-2020-der-AfD-Hamburg.pdf>.

trag zu geben: alljährlich (Drs. 22/3016 vom 27.1.2021), in einem zweijährigen Intervall (Drs. 22/3547 vom 10.3.2021), in einem dreijährigen Rhythmus (Drs. 22/3891 vom 7.4.2021), ... in einem achtjährigen Abstand (Drs. 22/5777 vom 15.9.2021). Aus diesem Kinderstreich spricht das geradezu verzweifelte Bemühen, in einem wichtigen sozialpolitischen Feld zu punkten. Aber das bisher Angeführte ist eher harmlos.

Mehr Relevanz hat die grundsätzliche Orientierung auf die Förderung von Eigenheimen. Da soll das »Baurecht für Einfamilienhäuser in allen noch nicht festgestellten Bebauungsplänen« ermöglicht werden (Drs. 22/3684 vom 23.3.2021), da wird zweimal ein »Baukindergeld für Hamburg« gefordert (Drs. 22/4257 und 22/4484 vom 5.5. bzw. 20.5.2021). Selbstverständlich wird ein »zusätzliches Einfamilienhausprogramm« beantragt (Drs. 22/4485 vom 20.5.2021). Und natürlich soll die »Grunderwerbssteuer für junge Familien und Ersterwerber« gesenkt werden (Drs. 22/6625 vom 1.12.2021). Eigenheime rauf und runter, aber alternative Wohnformen sollen weggeholt werden: »Wohnungsbau statt Bauwagenplätze« lautet der Betreff des entsprechenden Antrages (Drs. 22/8376 vom 18.5.2022).

Ein anderer Schwerpunkt der AfD-Fraktion ist der Kampf ums Auto, beispielsweise im Antrag »Attraktive Wohnstandort für die Bürger mit Auto planen« (Drs. 22/8627 vom 15.6.2022). Und da der Klimawandel für die AfD de facto nicht existiert, werden auch alle klimaschonenden Einsparüberlegungen torpediert, z.B. mit dem Antrag »Vermeintlich energetische Premiumprodukte verhindern den Wohnungsbau« (Drs. 22/11304 vom 15.3.2023).

Es gibt von der AfD nicht einen einzigen Antrag, der dem Mangel an erschwinglichen Wohnungen, gar der Forderung nach mehr Sozialwohnungen gewidmet ist. Aber eine Fehlbelegungsabgabe soll wieder eingeführt werden (Drs. 22/10165 vom 30.11.2022). Und »Kleingärten dauerhaft bewohnbar machen« (Drs. 22/11917 vom 10.5.2023) nährt die Illusion von der eigenen Scholle, wird aber dem beträchtlichen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in unserer Metropole nicht im Entferntesten gerecht. Zum Mietrecht, zur Verbesserung des Schutzes von Wohnungsmieter*innen gibt es ebenfalls keinen einzigen Antrag. Es geht ja im Kern auch nicht um die Probleme der Mieter*innen, es geht – wie Caren Lay schon einmal zitiert wurde – um »Wohnungspolitik fürs Kapital«.

Rolf Bosse vom Mieterverein zu Hamburg hat schon Recht, wenn er die AfD als »mieterfeindliche Partei« bezeichnet. Ein Mietendeckel wird von dieser rechten und teilweise rechtsextremistischen Partei als sozialistisch abgestempelt, staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt werden abgelehnt, Wohnungskauf statt Miete bzw. Sozialwohnung ist die große Perspektive. Klimaschutz beim Bauen? Fehlannonce. Statt mehr günstige, geförderte Wohnungen zu bauen, wird auf das viel teurer kommende Wohngeld verwiesen. Und schließlich, so Rolf Bosse, »es gäbe ja genug Wohnungen, wenn wir alle, die wir hier nicht haben wollen, abschieben würden. Das finde ich als Mensch und Demokrat unsäglich.« Dem ist nichts hinzuzufügen.

Was tun gegen die AfD?!

Von Christiane Schneider

Im Januar hat sich auf Einladung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und vor dem Hintergrund der Correctiv-Enthüllungen ein großes neues Bündnis herausgebildet: Unter der Losung »Klare Kante gegen Rechts« haben sich mit Blick auf die Europa- und Bezirksversammlungswahlen am 9. Juni viele Organisationen, Einrichtungen und Initiativen sowie zahlreiche Einzelpersonen zusammengeschlossen, um der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und namentlich der AfD den Kampf anzusagen. Ziel ist es, über die von dieser Partei ausgehenden Gefahren zu informieren, sich mit ihr und auch mit problematischen Positionen von (potenziellen) Wähler*innen auseinanderzusetzen, möglichst viele Menschen zu erreichen und sie zur Gegenwehr zu ermutigen. Wir sind ein plurales Bündnis. Wichtig ist uns, zahlreiche Aktivitäten »vor Ort« zu fördern. Einiges wurde schon umgesetzt, vieles ist in Vorbereitung, von Veranstaltungen, einer Kampagne gegen »Müllermilch« (wegen Unterstützung des Konzernchefs für die AfD), einer Plakatkampagne, kreativer AfD-Wahlkampf-begleitung, einem Fußballturnier usw. bis zu Konzerten Hamburger Bands in drei sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen in der ersten Juniwoche und einer Großdemonstration am 8. Juni.

Zwar sinken gegenwärtig die Umfragewerte der AfD nach den vielen großen und kleinen Demonstrationen in der ganzen Republik, doch darauf wollen wir uns nicht ausruhen: Wir wollen jeden Tag daran arbeiten, die AfD (nicht nur) in den kommenden Wahlen so klein wie möglich zu halten.

Es ist höchste Zeit, die AfD sehr ernst zu nehmen

Die Reaktionen von Millionen Menschen auf die Correctiv-Enthüllungen waren und sind beeindruckend, aber die AfD spricht nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren über ihr Ziel einer groß angelegten Vertreibung von Menschen, die sie als nicht-deutsch oder nicht-wirklich-deutsch markiert, mal verschwiegelt, mal ganz offen. Höcke z.B. ließ sich in seinem Buch 2019 über massenhafte Vertreibung aus und darüber, dass die Vertreibung nicht ohne »kalkulierte Grausamkeit« geschehen könne. Der AfD-Europa-Spitzenkandidat Krahn entwickelt in seinem im Sommer 2023 erschienenen »Manifest« »Politik von rechts« die Idee, möglichst große Teile der 25 Millionen in Deutschland lebenden Migrant:innen (darunter 15 Millionen mit deutschem Pass) durch Zwangsarbeit zur »freiwilligen« Ausreise zu treiben. Der Hamburger EU-Kandidat Michael Schumann sieht, wie er in seiner Bewerbungsrede auf dem Parteitag ausführte, die AfD in der Tradition u.a. der Reconquista, also der Vertreibung der Mauren (und Juden) aus Spanien, und der Vertreibung der Türken aus Wien und fordert Airbus auf, endlich eine Flotte von Abschiebefliegern zu bauen. Doch bislang hat sich der Hamburger Verfassungsschutz nicht einmal dazu bereit erklärt, die hiesige AfD zum »Verdachtsfall« zu erklären.



Entdeckt 2023 in St. Pauli (Foto: M. Joho)

Längst ist die AfD keine Erscheinung mehr, von der man hoffen könnte, dass sie irgendwann von selbst verschwindet. Sie ist keine rechtspopulistische Protestpartei (mehr), und auch keine autoritär-neoliberale Variante in der neoliberalen Parteienlandschaft. Sie ist vielmehr eine Partei, in der zunehmend Nazis den Ton und die Richtung angeben, die das, was sie ankündigen, blutig ernst meinen.

In der Debatte um die AfD wird immer wieder thematisiert, dass die bürgerlichen Parteien eine erhebliche Mitverantwortung für das Erstarren der AfD haben. Das trifft zu. Krasses Beispiel ist eine Flüchtlingspolitik, die die Menschenrechte für Geflüchtete weitgehend außer Kraft setzt. Oder die rassistische Hetze vor allem der CDU gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch ihre sozialchauvinistische Hetze gegen Bürgergeldbezieher*innen. Auch das Versagen der Schulpolitik, z.B. bei der völlig unzureichenden Ausgestaltung der Inklusion, arbeitet der AfD in die Hände - »Kindeswohl statt Inklusionswahn« hetzte sie in ihrem Hamburger Bürgerschaftswahlprogramm. Man könnte die Reihe von verfehlter Politik, von Versagen und von Versuchen, der AfD durch Scharfmacherei das Wasser abzugraben, lange fortsetzen. Die kritische Auseinandersetzung damit halte ich für unverzichtbar.

Darüber sollten wir jedoch nicht übersehen, dass die AfD eine andere Gesellschaft anstrebt, eine »Volksgemeinschaft«, in der weder die politischen noch die sozialen Menschenrechte gelten, und aus der große Teile der Gesellschaft brutal ausgeschlossen werden. Derzeit bestimmen die Vertreibungspläne die Debatte, und sie sind auch ein zentraler, wenn auch nur *ein* Teil ihrer politischen Ziele. Der schon erwähnte Höcke-Kamerad Krahn, der demnächst die EU-Fraktion der AfD und anderer extrem rechter Parteien maßgeblich bestimmen dürfte, macht in seinem programmatischen »Manifest« keinen

Hehl aus den Zielen des erstarkenden Nazi-Flügels der AfD. Ich halte die Auseinandersetzung damit für dringend geboten. Deshalb bin ich im Rahmen der Kampagne »Klare Kante gegen Rechts« gerne bereit, auch in kleineren Runden über die Gefahr der faschistischen Formierung der AfD zu informieren und zu diskutieren. Für Anfragen bin ich über die Redaktion des Bürger*innenbriefs zu erreichen (Michael.Joho@linksfraktion-hamburg.de). Und dabei geht es dann auch um die Frage, wie wir leben, wie wir zusammenleben wollen. Wenn wir eine Gesellschaft, an der jede und jeder teilhat, die von allen mitgestaltet wird, nicht gemeinsam und offensiv verteidigen, werden wir die AfD nicht aufhalten können.

Das Bündnis hat begonnen, Unterschriften unter seinem nachfolgend aufgenommenen Aufruf zu sammeln. Wer den Aufruf unterstützen will, kann das über die Mailadresse kontakt@hbgr.org tun oder in Kürze über die Website des Bündnisses.



Transparent der VVN Hamburg (Foto: M. Joho)

Hamburger Aufruf: Klare Kante gegen Rechts! Hamburg stoppt die AfD!



Endlich! Die Zeit des Schweigens ist vorbei. Zusammen mit Hunderttausenden waren wir in den letzten Wochen auf der Straße: Wir nehmen nicht länger hin, dass Rassismus und andere Formen von Diskriminierung Menschen bedrohen und die Gesellschaft zerstören. Wir lassen nicht zu, dass Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte zur Normalität werden. Wir stehen an der Seite aller, die die extreme Rechte durch Ausgrenzung, Vertreibungs- und Deportationspläne bedroht.

Alle Menschen, die in Hamburg leben, gehören zu uns. Sie sind Hamburger*innen, egal wo sie oder ihre Eltern geboren sind, welchen Pass und welche Hautfarbe sie haben. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf persönliche und soziale Sicherheit, auf ein Leben ohne Angst vor Diskriminierung, Deportation und Gewalt.

Von den Regierungen im Bund und in Hamburg und den Parteien erwarten wir, dass sie dem Druck und der Demagogie der AfD nicht nachgeben und ihren Parolen nicht hinterherlaufen. Nicht beim Klimaschutz, nicht in der Sozialpolitik und nicht in der Migrationspolitik. Wir erwarten eine Politik, die die wachsende Armut und die Ausgrenzung der Armen bekämpft. Wir fordern, dass die Hetze gegen Geflüchtete und die Verschärfung des Asylrechts in Deutschland und Europa beendet werden. Die Menschenrechte sind unantastbar und unteilbar!

Die Kraft, die die AfD und den Rechtsruck stoppen kann, kommt von unten, aus den Nachbarschaften, solidarischen Initiativen, migrantischen Selbstorganisationen, antifaschistischen, Menschenrechts- und Klimaorganisationen, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Religionsgemeinschaf-

ten und von vielen anderen gesellschaftlichen Akteur*innen. Wir sind viele, wir sind mehr, und unsere Solidarität ist stärker als ihr Hass! Über den Tag hinaus wollen wir laut und aktiv werden für eine solidarische Gesellschaft. Deshalb schließen wir uns zusammen und zeigen klare Kante gegen Rechts.

Die massenhaften Proteste und Großdemonstrationen waren ein guter und starker Anfang. Jetzt kommt es darauf an, den Aufstieg der AfD durch Aufklärung und vielfältige Aktivitäten zu stoppen. Denn die AfD ist eine rassistische, autoritäre und in Teilen faschistische Partei, die die Gesellschaft spaltet, die Sicherheit vieler Menschen und die Demokratie bedroht. Sie darf nicht die Parlamente für ihren Hass und ihre Hetze missbrauchen können, nicht in den Kommunen, nicht im Land, nicht im Bund und auch nicht in Europa.

Deshalb:

- Keine Stimme der AfD in den Europa- und Bezirksversammlungswahlen am 9. Juni!
- Wählt Kandidat*innen und Parteien, die sich klar gegen Rassismus und rechte Politik positionieren. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
- Für Solidarität und Respekt – gegen Hass und Hetze!
- Für die Verteidigung der Rechte aller Menschen – gegen Spaltung!
- Für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, für Menschenwürde – gegen Ausgrenzung!
- Für Selbstbestimmung, Humanität, Menschenrechte für alle – gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit!

Termine und diesmal nur ein Tipp



www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/zu-ostern-hinaus-auf-die-strasse/

Zu Ostern raus auf die Straße – Demonstrationen, Kundgebungen und Friedensfest

Der Landesverband der Hamburg LINKEN ruft zur Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen an den zahlreichen verschiedenen Aktionen zu Ostern auf. Besonders ruft der Landesverband zur Beteiligung am Friedensfest mit Redebeiträgen und Musik des Hamburger Bündnisses gegen Militarismus und Krieg sowie weiteren Akteur*innen am Ostermontag in Hamburg auf. Das Friedensfest wird an diesem **Montag, den 1. April**, von 15.30 bis 17.30 Uhr in Barmbek stattfinden.

Rüstung runter – Klima, Bildung und Soziales rauf!

Verteidigungsminister Pistorius hat mit seiner Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz die Diskussion um Verteidigungsausgaben weiter aufgeheizt. Er möchte das aktuelle 2-Prozent-Ziel der NATO für Rüstungsausgaben auf 3 oder 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Das passt zu dem von ihm proklamierten Ziel, Deutschland müsse »kriegstüchtig« werden. Jetzt geht er eilig diesen Weg.

Im Windschatten des russischen Überfalls auf die Ukraine wird in Deutschland weiter aufgerüstet: Die Schuldenbremse soll reformiert werden, aber nicht für Soziales, sondern für Militär und Aufrüstung, der Finanzminister spricht in laufende Kameras, Rüstungsausgaben seien Investitionen in die Sicherung der Freiheit – Soziales und Klimaschutz müssten da hintenanstehen, Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsminister Pistorius läuten bei einem Besuch bei Rheinmetall den Übergang von der »Manufaktur zur Massenproduktion« bei Rüstungsgütern ein und der CDU-Verteidigungspolitiker Kiesewetter fordert eine Erhöhung des »Sondervermögens« für die Bundeswehr von 100 auf 300 Milliarden (!). Während für Militärausgaben beliebig viel Geld zur

Verfügung zu stehen scheint, fehlt es in den Bereichen Bildung und Soziales an allen Ecken und Enden: Das Bürgergeld für Alleinstehende reicht auch mit Erhöhung um 52 Euro nicht zum Leben, die Kindergrundsicherung verdient ihren Namen nicht mehr, in deutschen Großstädten fehlen fast 2 Millionen bezahlbare Wohnungen, die Personalnot in Krankenhäusern und Pflege gefährdet die Gesundheit von Menschen, im Bildungswesen sind Investitionen nötig und die Ausbaupläne der Bahn – zentral für die Verkehrswende – liegen auf Eis.

Wir meinen: Die Rückkehr zu einer Politik der militärischen Stärke und Konfrontation ist keine Investition in den Frieden, sondern erhöht die Kriegsgefahr. Das lehnen wir ganz klar ab. Was wir brauchen, sind Konzepte und Initiativen für die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Und für den »inneren Frieden« sollten nicht der Verteidigungsetat, sondern die Ausgaben für Klimarettung, Bildung und Soziales verdreifacht werden!

Auch in diesem Jahr wollen wir unsere Forderungen am Osterwochenende in die Öffentlichkeit tragen.



www.pexels.com/de-de/foto/foto-des-pwd-zeichens-3095954/

Inklusion auf der Kippe?

Schulbegleitung ist der zentrale Baustein der Inklusion an Hamburgs Schulen. Die Maßnahme steht finanziell und personell aber auf tönernen Füßen. Klagen über Ausfall und den ständigen Kampf von Eltern um das Recht auf Bildung ihrer Kinder sind zahlreich. Die steigende Zahl von Kindern mit Behinderungen, die statt auf die Regelschulen wieder auf spezielle Sonderschulen gehen, steigt Jahr um Jahr. Die Inklusion an allen Schulen

wird so angenagt. Es mangelt an strukturell tragfähigen Lösungen. Doch die Schulbehörde verspricht eine Analyse der Lage durch eine Auswertung der Schulbegleitung. Ihr Abschlussbericht wurde mittlerweile um fast ein halbes Jahr verschoben. Die Linksfraktion lädt am **Dienstag, den 2. April**, zur Veranstaltung **Evaluation der Schulbegleitungen – Inklusion auf der Kippe?** ein. Wir wollen mit Andreas Krüger, Schulbegleiter an der Erich-Kästner-Schule, und Pit Katzer vom Bündnis für schulische Inklusion, die Lage an den Hamburger Schulen, die Anforderungen an Inklusion und Schulbegleitung und die daraus folgenden Aufgaben für die Schulbehörde diskutieren. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr im Rathaus (Raum 151).



Für ein Umdenken in der Wohnraumversorgung

Ein großes Ereignis kommt auf Hamburg zu: die 7. Konferenz des 2015 in Hamburg begründeten bundesweiten Netzwerks Mieten & Wohnen am **Freitag/Samstag, den 19./20. April**. Nach mehrmonatiger Vorbereitung werden wieder einige Hundert engagierter Menschen aus ganz Deutschland zusammenkommen, um in den Räumen des Millerntor Stadions (Harald-Stender-Platz 1) über das vielschichtige Thema **Bestandsentwicklung jetzt – für ein Umdenken in der Wohnraumversorgung** zu diskutieren. »Die Konferenz«, so der Aufruf, »soll erneut ein Ort sein, an dem gemeinsam nach Lösungen für bezahlbaren und würdigen Wohnraum gesucht werden kann. Eingeladen sind dazu alle an wohnungspolitischen Fragen Interessierte aus Sozialen Bewegungen, Mieterinitiativen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Sozialverbänden. Schwerpunkte der diesjährigen Konferenz sind parallele Workshops zu den Themen Klima & Wohnen in der Praxis, junge Menschen und Wohnungsarmut sowie Umgehung der Mieter:innenschutzvorschriften durch spezielle Mietverträge. Diese werden jeweils in mehrteiligen Workshops debattiert. Der einführende Input der Konferenz wird von Professorin Renée Tribble (TU Dortmund) bestritten. Die Abschlussveranstaltung der Konferenz wird als Podium zum Thema Neue Wohnge-meinnützigkeit pro und kontra stattfinden.«

Getagt wird am **Freitag von 13.00 bis 19.00 Uhr** und am Samstag von 9.30 bis 15.00 Uhr. Der reguläre Konferenzbeitrag beträgt 50 Euro, eine Ermäßigung ist möglich. Mehr Infos, das komplette Programm und eine Anmelde-möglichkeit gibt es unter <https://netzwerk-mieten-wohnen.de/konferenzen/konferenz-2024/>.

Breakfast in Green

So lautet das Motto auch in diesem Jahr, wenn der BUND, der ADFC und Parents4Future auf die Straße gehen, um für eine andere Verkehrs- und Flächenpolitik zu werben. Zum zweiten Mal wird am **Samstag, den 27. April**, von 10.00 bis 14.00 Uhr ein Teil der Langen Reihe gesperrt, um dort ein gepflegtes Picknick in verkehrsberuhigter Lage abzuhalten. »Stellt Euch vor«, so die rhetorische Frage der Veranstalter*innen, »wenn die Straßen nicht den Autos, sondern allen Menschen gehören würden. Bei unserem Breakfast in Green zeigen wir, wie schön es sein könnte!«

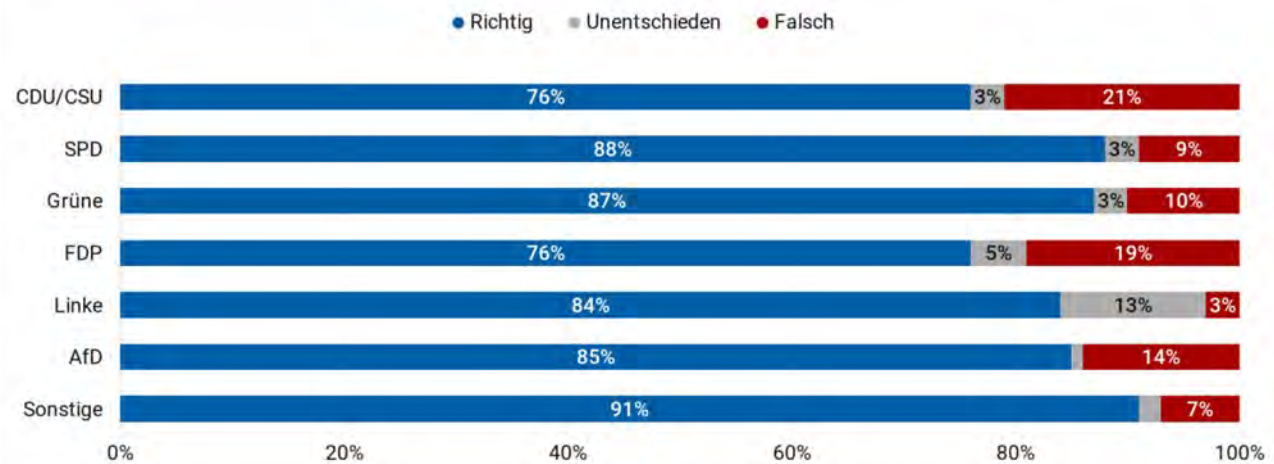


Das erste Breakfast in Green 2023, ebenfalls auf der Langen Reihe (Foto: M. Joho)

»Der Verkehr wird nicht weniger. Gleichzeitig versiegelt die Stadt immer mehr Flächen. Das geht so nicht weiter! Wir fordern: Weniger Autos, mehr Grün und flächendeckend bezahlbaren ÖPNV«, so die Ausführungen auf der Homepage des BUND-Landesverbandes, der seinen Sitz im Haus Lange Reihe 29 hat. Und weiter: »Zu den bundesweiten Aktionstagen zur Mobilitätswende tischen wir auf [...] Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Komm einfach vorbei und bringe ganz viele Freund*innen mit! Gemeinsam erleben wir ein unvergessliches BREAKFAST IN GREEN.« Weitere Infos unter www.bund-hamburg.de/service/termine/detail/event/breakfast-in-green/.

Wie würden Sie es bewerten, wenn Beamte, Selbstständige und Politiker:innen in die Rentenversicherung einzahlen müssten?

Ausgewertet nach Wahlabsicht - Bund



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 7,2% | Stichprobengröße: 5.015 | Befragungszeitraum: 14.03.24–14.03.24 | Gerundete Ergebnisse

Aus dem Newsletter der Bundes-LINKE vom 15.3.2024

Gut zu wissen

Allwöchentlich versickelt die Bundesgeschäftsstelle der LINKEN einen Informationsbrief. Regelmäßig finden sich darin neben interessanten Informationen und Einschätzungen auch einige aktuelle Umfrageergebnisse. Nehmen wir beispielsweise dieses zum **ungerechten Rentensystem**. Danach sind selbst drei Viertel der

CDU- und FDP-Wähler*innen für eine mehr als überfällige Rentenreform und konkret für eine Einbeziehung der Beamt*innen, Selbstständigen und Politiker*innen in die Einzahlung der Rentenkasse. Preisfrage: Woran scheitert seit Jahrzehnten eine soziale, gerechte Regelung der Rentenversicherung?

Chance zur Aufklärung des Elbtower-Desasters vertan: Untersuchungsausschuss abgelehnt

Von Heike Sudmann

Bevor der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz nach Berlin ging, stellte er die Weichen für den Elbtower. »Die Menschen sollen sagen: Das hat Olaf Scholz gut gemacht«, so Scholz 2018. Spätestens seit dem Stillstand auf der Elbtower-Baustelle und der Insolvenz der Grundstückseigentümerin spricht keine*r mehr davon, dass Olaf Scholz es gut gemacht hat. Etliche Befassungen im Haushaltsausschuss der Bürgerschaft und diverse Anfragen der Fraktion DIE LINKE haben die wesentlichen Fragen nicht klären können:

- Wie ist es zur Entscheidung für das Unternehmen SIGNA von René Benko gekommen, obwohl es nicht den höchsten Preis geboten hatte?
- Welche Rolle hat Olaf Scholz als damaliger Aufsichtsratsvorsitzender der HafenCity Hamburg GmbH gespielt?
- Hat Benko sein Politiknetzwerk auch in Hamburg ausgebreitet? Welche Rolle hat der Altbürgermeister Ole von Beust gespielt, der als Berater von SIGNA auftrat?

- Weshalb ist der Grundstückskaufvertrag so schlecht für die Stadt ausgehandelt worden? Weder wurden Nachweise für die Finanzierungssicherheit während der mehrjährigen Bauzeit gefordert noch wurden Regelungen für den Insolvenzfall während des Baus getroffen – beide Punkte sind in Anbetracht der schillernden Figur des Investors René Benko nicht nachvollziehbar.

Im Gegensatz zum »Kurzen Olaf« wachsen die Ungereimtheiten und offenen Fragen beim Projekt Elbtower. Die Finanzierung ist ebenso zusammengebrochen wie die vermeintliche Sicherheit des Kaufvertrages. Dabei hat der Senat Millionenbeträge für Berater*innen ausgegeben.

Um all diese Fragen zu klären, haben wir einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) beantragt (Drucksache 22/14599). In der Bürgerschaftssitzung am 13. März habe ich nochmal versucht, den anderen Fraktionen ins Gewissen zu reden:

»Wer glaubt, dass beim Elbtower alles mit rechten Dingen zugegangen ist? Wer glaubt, dass Olaf Scholz keinen Einfluss auf die Entscheidung für Benko genommen hat? Wer glaubt, dass der Senat trotz millionenteurer Rechtsberatung einen guten Kaufvertrag abgeschlossen hat? Die Bürgerschaft ist keine Kirche, sondern ein Parlament. Hier geht es nicht um Glauben, sondern um Aufklärung. Obwohl das Unternehmen von René Benko nicht den höchsten Preis geboten hatte, Benko bereits wegen Korruption verurteilt worden war und sein wirtschaftliches Gebaren in der Kritik stand, entschied sich der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz für Benko. Das Politnetzwerk von Herrn Benko war parteiübergreifend gesponnen. Der Altbürgermeister Ole von Beust (CDU) arbeitet(e) ebenso wie der Ex-Außenminister Joschka Fischer (GRÜNE) für Benko. Ich erwarte, dass auch die anderen demokratischen Fraktionen ein Interesse an der Aufklärung der vielen Punkte haben.«

Hat leider alles nichts genützt, der Antrag wurde abgelehnt. Wer sich die Debatte ansehen/anhören möchte, schaut/hört hier: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/84/#top-5975>.

Was mit dem »Kurzen Olaf«, dem Elbtower in seiner jetzigen Form, noch alles angestellt werden könnte, das zeigt uns dankenswerterweise am Samstag, den 6. April, die »AG Ost«, deren (vorläufige) Pressemitteilung wir hier schon einmal aufnehmen dürfen. Ich wäre gerne dabei, aber zeitgleich findet der Landesparteitag der Hamburger LINKEN statt.



Aktion der Linksfraktion wider das Elbtower-Desaster
(Foto: M. Joho)

(Vorläufige) Pressemitteilung der AG Ost vom 15.3.2024

Euer Ruin ist unser Gewinn: Die AG Ost vitalisiert den Elbtower

Die AG Ost übernimmt performativ den Elbtower und fordert radikaldemokratische und solidarische Stadtentwicklung im Hamburger Osten. Das Bündnis lädt am 6. April 2024 ab 17 Uhr zur Eröffnungsfeier am Billhafen-Löschplatz ein.

Seit Oktober 2023 steht die Millionenbaustelle an den Elbbrücken still. Dort, wo der Immobilieninvestor Benko und die Hamburger Stadtpolitik schon von weichen Hotelbetten und teuren Büroflächen geträumt hatten, ragt jetzt ein lebloses Rohbauskelett in den Stadthimmel. Die Wirtschaftsexpert:innen hatten also doch Recht: der Markt hat geregelt und die Hamburger:innen aus dem Geschäft mit der SIGNA-Gruppe befreit. Aber während hinter verschlossenen Türen schon um die Übernahme durch den:die nächste:n Investor:in gefeilscht wird, schafft die Aktionsgemeinschaft Ost stadtpolitische Tatsachen.

Die Raumkonflikte zwischen Stadtmacher:innen und profitorientierten Großprojekten verschärfen sich in ganz Hamburg seit Jahren. Viele Vereine und Initiativen haben ihre Räume verloren, viele sind von Verdrängung bedroht,

während ganze Häuser leer stehen. Nun, da das Wolkenkuckucksheim an der Zweibrückenstraße unverhofft frei wird, ist die AG Ost bereit, den Betonbau mit Leben zu füllen und damit auch der Stadtpolitik ein Geschenk zu machen. Gern geschehen!

Die AG Ost übernimmt: Vitalisierung statt Leerstand

Die AG Ost vitalisiert den Elbtower, macht ihn nutzbar und für alle zugänglich – weg von kommerziellen Profiten, hin zu einer Stadt der Vielen mit Räumen der Begegnung und des Austauschs. Das Recht auf Stadt liegt auf der Straße und unter den Pflastersteinen – und steckt selbst in den Betonträgern des Elbtowers. Die AG Ost nimmt es in die Hände und denkt den Tower der geplatzten Träume neu. Eingebettet in die sozialen und kulturellen Nachbarschaften des Hamburger Ostens, versteht sich die AG Ost als Retter in der Not: Mit Handwerk und Kunst, Sport und Musik, Soziokultur und Erinnerungsarbeit, mit gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung und sozialen Treffpunkten für Jung und Alt. An einem Ort, an dem das fast vierfach so

hohe Jahresdurchschnittseinkommen der Hafencity auf das von Rothenburgsort trifft.

Die AG Ost ist schon da: Netzwerk für Radikaldemokratische & Solidarische Stadtentwicklung

Der Hamburger Osten steht vor tiefgreifenden Transformationsprozessen, die die sozialen und räumlichen Strukturen verändern. Unter dem Brennglas vielschichtiger Interessen und beplant von den Visionen der Masterpläne und Senatsbeschlüsse »Stromaufwärts an Bille und Elbe«, »Alster-Bille-Elbe Günzug« und »Stadteingang Elbbrücken« sowie zunehmender Immobilienspekulation, steigen schon jetzt die Mieten und Bodenpreise, Verdrängungsprozesse verschärfen sich.

Die AG Ost ist ein Zusammenschluss aus verschiedenen Initiativen im Hamburger Osten und engagiert sich an den Schnittstellen zwischen Architektur, Kunst, Erinnerungsarbeit, Sport, Bildung, Soziokultur und Stadtentwicklung. Wir verstehen Planung als gemeinsames Tun, Stadt ist selbst gemacht. Der soziale und bauliche Bestand soll erhalten, unterstützt und bedarfsorientiert weiterentwickelt werden. Die AG Ost ist unabhängig und positioniert sich

klar gegen profitorientierte Stadtentwicklung. Sie steht für eine gemeinwohlorientierte Stadt- und Bodenpolitik, um Räume zu erhalten und zu schaffen, die für viele und vieles zugänglich und flexibel gestaltbar bleiben.

Die AG Ost lädt ein zur Eröffnungsfeier des Elbtowers am 6. April 2024 ab 17 Uhr am Billhafen-Löschplatz (Landzunge) inkl. Performance, Musik vom Community Radio und Getränke gegen Spende. Der Billhafen-Löschplatz ist barrierefrei erreichbar. WC vorhanden.

*Atelierhaus Bullerdeich, Artoll – Werkstätten für Kunst und Technologie e.V.; BBS40 e.V.; Galerie Oel-Füh, Geschoss co-working; Hallo: Verein zur Förderung raumöffnender Kultur e.V.; Hamburger Studienbibliothek; Hanseatische Materialverwaltung; Hochwasserbassin e.V.; Initiative Dessauer Ufer; Künstler*innenhaus Wendenstraße; LU'UM; Mikropol e.V.; MS Stubnitz; Mundhalle eG; Oldtimer Tankstelle PK3000; Proberaum Schaltzentrale; Rudervereinigung Bille von 1896 e.V.; Südpol – Kulturelles Neuland e.V.; Verein für Skateboardkultur e.V.; Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm e.V.; ZOLLO.*

»Wohnopoly« im Berner Schloß

Von Rainer Behrens*

Die Linksfraktion Wandsbek hatte am 15. März die Bundestagsabgeordnete Caren Lay zu einer Lesung ihres viel beachteten Buches »Wohnopoly« ins Zentrum der traditionsreichen Berner Gartenstadtsiedlung eingeladen. Im Buch wird dargelegt, welche politischen Entscheidungen die bundesdeutsche Wohnungswirtschaft zur Beute internationaler Investor*innen gemacht hat und welche verheerenden Auswirkungen das auf Vermögens- und Chancenverteilung der Gesellschaft hat.

Auswege gäbe es: Neue Gemeinnützigkeit, Mietendeckel, staatliche Bodenpolitik. In der spannenden Diskussion mit dem Publikum, darunter Mieter*inneninitiativen und Mietrechtsanwalt Kolja Rosemann, musste die Referentin immer wieder die Frage beantworten, warum Politik nicht einfach wirkungsvoll eingreift. Caren Lay schilderte eindrucksvoll, welche Wirkmacht Lobbyisten der Immobilienbranche und Parteivertreter*innen, die sich der Eigentümerseite verpflichtet fühlen, in der Parlamentspraxis entfalten.

Die Zuhörer*innen sorgten für Absatzsteigerung des Buches und nahmen die Botschaft mit, dass Wohnungspolitik noch stärker linke Gesellschaftspolitik prägen muss.

* *Wandsbeker Bezirksfraktion DIE LINKE*



Caren Lay und Rainer Behrens auf der Lesung in Wandsbek (Foto: Wiebke Jürgens)

Wir waren in Berlin, in Berlin

Von Michael Joho

Nach längerem Angang haben wir Anfang März zum Austausch in Berlin verabredet, wir, das waren Niklas Schenker, wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Philipp Möller, Heike Sudmann und ich. Über die Jahre haben sich immer wieder inhaltliche Berührungspunkte ergeben, auch, weil die beiden größten deutschen Städte und Stadtstaaten mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Erinnerung sei nur an die – von der SPD dann leider gecancelte – Zeit der rot-rot-grünen Koalition, als beispielsweise der von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) eingeführte Mietendeckel für Furore in ganz Deutschland sorgte.



Vor dem Fraktionsbüro in Charlottenburg (v.r.): Niklas Schenker, Philipp Möller, Heike Sudmann und Michael Joho (Foto: Constanze Kehler)

Von unserer Hamburger Seite war vor allem interessant zu hören, welche Ideen die Berliner LINKE schon vor gut einem Jahr zu einem kommunalen Wohnungsbauprogramm entwickelt hat. Hintergrund ist u.a., dass es vor allem die sechs Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) mit ihren rund 360.000 Wohneinheiten sind, die überhaupt im geförderten Neubaubereich tätig sind. Sie rufen 90 Prozent der städtischen Gelder ab, die Genossenschaften nur zwei und die privaten Wohnungsunternehmen acht Prozent. Insofern liegt der Gedanke durchaus nahe, die LWU weiter zu stärken und ihnen statt der jeweils zu beantragenden Fördermittel sogenannte Transaktionskredite als Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Die LWU wären damit in die Lage versetzt, mit höherer Eigenkapitalausstattung günstigere Kredite für ihren Wohnungsbau aufzunehmen. Eine weitere Idee ist die, die Neubauaktivitäten aller LWU bei einem gemeinsamen, neu zu gründenden kommunalen Projektentwickler zu bündeln und damit zu effektivieren, was auf eine Trennung des Neubaus bei einem Projektentwickler und der Bestandsbe-

wirtschaftung bei den einzelnen städtischen Wohnungsunternehmen hinauslaufen würde. Das auch für Hamburg interessante Kommunale Wohnungsbauprogramm der Berliner LINKEN gibt es [hier](#).



Doch in unserem Vierergespräch ging es auch noch um eine ganze Latte anderer Themen, ein Indiz dafür, sich öfter über Entwicklungen und neue Projekte auf dem Laufenden zu halten. Es ging z.B. um die Wiederauflage des Bauhüttengedankens, also die Schaffung einer eigenen, städtischen Baugesellschaft. Die Freie und Hansestadt Hamburg z.B. kann längst nicht mehr im größeren Maßstab selbst bauen, das realisiert sie durch private Auftragnehmer*innen, ist also auf diese Firmen angewiesen und damit auch deren Profitorientierung ausgesetzt. Weitere wichtige Stichworte waren

- **der Wohnungstausch:** Da fällt Berlin noch hinter Hamburg zurück, wo es damit auch nicht gerade rosig aussieht, aber während innerhalb der SAGA angeblich rund 600 bis 700 Wohnungstausche pro Jahr abgewickelt werden, sind es bei den LWU gerade mal 200 bis 300.
- **Die Kommunale Mieter*innenberatung:** Da hat Berlin wieder die Nase vorn, dort wird sie nämlich in allen zwölf Bezirken mit Unterstützung der Mieter*innenvereine erfolgreich angeboten, während selbst das auf niedrigerem Niveau angesiedelte städtische »Mietertelefon« in Hamburg während der Beust-Ära abgeschafft wurde.
- **Die Mieter*innenbeteiligung:** Auch in diesem Fall kann ganz klar Berlin punkten, denn dort gibt es bereits seit den 1980er-Jahren Mieter*innenbeiräte in allen LWU-Siedlungen mit mehr als 300 Wohneinheiten. Zudem sitzen Mieter*innen sogar in den Aufsichtsräten der landeseigenen Unternehmen. Beides ist für uns in Hamburg absolute Zukunftsmusik, da die SAGA eine komplette Verweigerungshaltung an den Tag legt, sich also nicht in die Karten schauen lassen oder gar eine Mieter*innenbeteiligung einführen möchte.

Unser vormittägliches Zusammentreffen könnte auch dahingehend eine Auswirkung haben, als dass wir gemeinsam überlegen, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Linke Metro-polenkonferenz zu organisieren. Da würden dann nicht nur die Erfahrungen und Konzepte aus Berlin und Hamburg,

sondern auch aus Bremen, Frankfurt, München und anderen Großstädten eingehen können. Die Leser*innen des Bürger*innenbriefes werden davon mit zuerst erfahren!



Die Berliner LINKE ist mit vielen Materialien und Plakaten zur Wohnungspolitik in der Hauptstadt präsent (Foto: M. Joho) – einiges ist auf www.niklasschenker.de/ zu finden.

Während ich die Gelegenheit nutzte, nach unserer Zusammenkunft ein wenig durch Berlin zu bummeln, hatte sich Heike noch zu einem längeren Interview bereitgefunden. Es ist vor wenigen Tagen als Folge 26 der von Niklas und Philipp moderierten, zweiwöchentlichen Podcast-Reihe »Schöner Wohnen« im Netz eingestellt worden. Eine knappe halbe Stunde geht es in dem Gespräch um den »Mythos Hamburg: Ist die Hamburger Wohnungspolitik wirklich ein gutes Vorbild?« Hörst Du [hier](#). Im Übrigen kann ich nur empfehlen, auch mal in die anderen Sendungen hineinzuhorchen, behandeln sie doch meist im Umfang von einer halben bis einer Stunde alle relevanten Themen der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in der Bundeshauptstadt. Da geht es beispielsweise um die »Feministische Wohnungspolitik« (Folge 25, 23 min), die »Causa Signa« (Folge 24, 41 min), »Eigenbedarfskündigungen« (Folge 23, 30 min) und vieles mehr. Und so schildert das Berliner Duo die Podcast-Reihe selbst: »Alle zwei Wochen



Von der Podcast-Website <https://podcasters.spotify.com/pod/show/schoner-wohnen>

widmen wir uns bei SCHÖNER WOHNEN den #Wohnungsfragen unserer Zeit. Wir blicken zurück auf 30 Jahre neoliberale Wohnungspolitik, entwirren den (Berliner) Baufilz und stellen Instrumente vor, um den privaten Wohnungsmarkt zu verdrängen. Stichwort: Mietendeckel, Wohngemeinnützigkeit oder Vergesellschaftung. Wir, das sind Niklas Schenker & Philipp Möller, die an verschiedenen Stellen in der Berliner Mieten- und Wohnungspolitik aktiv sind.« Supersache, würde ich sagen. Und bedanke mich auf diesem Wege nochmal herzlich bei unseren Gastgebern in Berlin.

Noch ein kleiner Tipp für diejenigen, die ein Interesse an der Politik in Berlin, speziell der Berliner LINKEN haben. Kurz vor der Abgeordnetenhaus-Wahl im September 2021 hat die Linksfraktion eine 50-seitige Broschüre herausgegeben, in der sie Rechenschaft ablegt über ihre Arbeit in der 19. Wahlperiode 2017 bis 2021. In dieser Zeit gab es in Berlin eine rot-rot-grüne Landesregierung, die sich unter der Ägide von Katrin Lompscher bundesweit einen Namen vor allem in der Wohnungs- und Mietenpolitik gemacht hat. Nachzulesen in eben dieser [Bilanzbroschüre](#).

WIR HOLEN DIE STADT ZURÜCK

Bilanz der linken Beteiligung an der rot-rot-grünen Regierung in Berlin 2017-2021

DIE LINKE.
im Abgeordnetenhaus von Berlin



Es ist das besondere Trauerspiel der Berliner SPD, dass sie unter ihrer rechtzeitig »eingeflogenen« Spitzenkandidatin Franziska Giffey die Koalition mit den GRÜNEN und der LINKEN nach der Wahl 2023 nicht fortgesetzt hat (zusammen hatten sie 49,0 Prozent der Wähler:innenstimmen), sondern der CDU den Vorzug gab.

Hamburg wählt: Ein gutes Leben für alle

Wir setzen hier den Abdruck des Rahmenprogramms der LINKEN zu den sieben Bezirksversammlungswahlen am 9. Juni 2024 fort. Den ersten Teil gab es im letzten »Bürger*innenbrief« vom 22. Februar, der dritte und letzte Teil folgt dann in unserer Aprilausgabe.



Unser Programm zu den Bezirksversammlungswahlen am 9. Juni 2024 (2. Teil)

Demokratie vor Ort stärken!

Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Wir wollen die Bürger:innenbeteiligung vor Ort ausbauen und die Stadtteilbeiräte und Senior:innen-Delegiertenversammlungen finanziell besser ausstatten.

Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlungen selbst. Damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger:innen gefällt werden können, benötigen die Bezirksversammlungen mehr Spielraum und Befugnisse.

Wir fordern:

- Kommunalparlamente für das gemeindelose Bundesland Hamburg!
- Wahlrecht für alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Hamburg.
- Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushalts- und Budgetrecht.
- Umsetzung von Bezirksentscheiden.
- Aufhebung des Großhamburg-Gesetzes und Ersetzung der 7 Bezirksversammlungen durch Kommunalräte mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie die meisten Gemeinden in der Bundesrepublik. Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushaltsrecht und Entscheidungskompetenzen über bezirkliche Verwaltungsvorgänge, Personaleinsatz und verbindlichem B-Planrecht.
- Schluss mit dem Auslagern von Personal aus den Bezirken in die Fachbehörden!
- Weg mit dem Evokationsrecht: Bürgerentscheide und Beschlüsse der Bezirksversammlungen müssen für den Senat bindend sein. Beanstandungen müssen vom Senat

innerhalb einer Vier-Wochenfrist entschieden werden und gerichtlich überprüfbar sein.

- Stadtteilbeiräte und Senior:innen-Delegiertenversammlungen zu stärken, sie mit besseren Mitteln auszustatten und auf mehr Bürger:innenbeteiligung zu verpflichten.
- Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den Ausschüssen erhalten.
- Stärkere Einbindung der Integrations- und Inklusionsbeiräte in die Beratungen der Bezirksversammlungen.
- Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale Begegnung in den Quartieren.

Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern und Behörden sowie die seit Corona massiv vorangetriebene Digitalisierung hat für viele Menschen die Zugänge zu den staatlichen Einrichtungen zu uneinnehmbaren Festungen werden lassen.



Auch wenn der Digitalisierungsgrad der Gesellschaft steigt, so ist insbesondere dort, wo es für Menschen existenziell ist, dies oft nicht oder nur eingeschränkt der Fall. Häufig

scheitert es an einem einzelnen Dokument, das nicht gescannt werden kann, einem beratenden Hinweis, oder schlicht der Möglichkeit, einen Termin auszumachen. Fehlende technische Endgeräte und Know-how, unübersichtliche Terminbuchungssysteme und eine unverständliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe sind weitere Hürden, die die Kommunikation zwischen Ämtern und Bürger:innen massiv erschweren.

Sei es auch nur um einen neuen Ausweis, einen Erbschein oder auch lediglich eine Auskunft beim Finanzamt den Lohnsteuerjahresausgleich zu erhalten. Die rein digitale Kommunikation erweist sich für viele Bürger:innen als eine Sackgasse. Persönliche Rücksprache und Beratung bleibt so viel zu oft aus, obwohl alle Ämter eine gesetzliche Beratungspflicht haben.

Daher fordern wir für alle Bezirke den Um- und Ausbau aller Ämter und Behörden zu Orten der Kommunikation zwischen Staat und Bürger:innen.

Wir fordern:

- Eine erhebliche Aufstockung der Stellen in allen Ämtern und Behörden.
- Die Wiedereinführung von regelmäßigen Sprechzeiten an allen Wochentagen in allen Ämtern und Behörden sowie eine klar verständliche und übersichtliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe zur Klärung des Anliegens vor Ort und digital.
- Den räumlichen Umbau der Behörden zu freundlichen Orten der Kommunikation zwischen Staat und Bürger:in. Dies beinhaltet die Einrichtung von kostenfreien Internetarbeitsplätzen, Kopier-, Fax- und Scanmöglichkeiten sowie eine persönliche Hilfestellung bei der Bedienung der jeweiligen Endgeräte in allen Ämtern.
- Eine regelmäßig angebotene Schulung zur Nutzung von Endgeräten sowie zur Beantragung digitaler Endgeräte wie PC, Drucker und Scanner für Grundsicherungs- und Bürgergeldempfänger:innen.
- Dienstleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg: Grundsätzlich müssen auch in Zukunft alle Dienstleistungen – u.a. Termine bei Ämtern (z.B. Beantragung Führerschein, Personalausweise, Reisepässe etc., Sozialangelegenheiten) – auch analog angeboten werden, um mittels Telefons oder Vorsprache in allen Behörden Termine für alle Dienstleistungen zeitnah zu erhalten.

Emanzipatorische Bildung und Soziale Arbeit – für alle!

Die knapp 390.000 Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene bis 22 Jahre haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Zunahme von psychischen Problemen wie Angststörungen und Depressionen auch bei Kindern und Jugendlichen infolge der restriktiven Maßnahmen, die in Verbindung mit der SARS-CoV2-Pandemie über die Köpfe der Betroffenen hinweg verhängt wurden, machen fachliche und politische Antworten dringend erforderlich!

Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention kämpfen wir für ein gut ausgestattetes Bildungswesen und eine gut ausgebaut soziale Infrastruktur, die auf die Entwicklung von Solidarität, Empathie sowie gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit gerichtet sind. Die jüngst beschlossenen Verbesserungen im Sozialgesetzbuch VIII zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir in diesem Sinne nutzen.

Auch in Hamburg ist der Zugang zum **Schulsystem** jedoch immer noch stark von der sozialen Herkunft der Eltern abhängig. Diese Ungerechtigkeit wird durch die Spaltung des Hamburger Schulwesens in Stadtteilschulen und Gymnasien (»Zwei-Säulen-Modell«) noch verstärkt. DIE LINKE tritt dem entgegen für eine inklusive und demokratische Schule für alle ein, die gemeinsames Lernen ermöglicht. Doch Bildung findet nicht nur in der Schule statt, sondern auch in Kindergärten, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Vereinen und jenseits dessen.

Die **Offene Kinder- und Jugendarbeit** (OKJA) sowie die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit in den Stadtteilen sind wesentliche Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Sie tragen zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und zu einem solidarischen Aufwachsen bei, stärken die Selbstorganisation und verbessern die Lebensqualität. Die Offene Arbeit ist jedoch strukturell unterfinanziert und vielfach personell schlecht ausgestattet. Für OKJA und Familienförderung werden in Hamburg pro Jahr lediglich 30 Mio. Euro bereitgestellt. Damit wurden im Jahr 2022 rund 250 Einrichtungen der OKJA/Jugendsozialarbeit sowie über 100 Einrichtungen der Familienförderung mehr schlecht als recht gefördert.

Die Konkurrenz um knappe Mittel zwischen den Einrichtungen muss überwunden werden. Statt die Fachkräfte und Ehrenamtlichen mit übermäßigem Verwaltungsaufwand zu belasten, müssen die Angebote verlässlich gefördert und ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sind daran als Expert:innen ihrer Lebenswelt zu beteiligen. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung im Sinne des neuen § 4a des SGB VIII sind zu schaffen und zu stärken.

Seit einigen Jahren nehmen die Problemlagen und Hilfebedarfe in den Familien in gravierendem Maße zu. Die Zahl der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen, die Zahl der hilfesuchenden Kinder und Eltern sowie die Zahl der gewährten arbeits- und kostenintensiven Hilfen zur Erziehung bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau. Die **Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD)** in den Jugendämtern sind überlastet und die Fachkräfte des ASD und in der ambulanten und stationären Jugendhilfe stehen unter starkem Druck – noch verschärft durch die Nebenwirkungen der Corona-Maßnahmen. So hat die Zahl der Überlastungsanzeigen aus den ASD stark zugenommen. Hier muss dringend gehandelt werden. Es braucht mehr Fachkräfte in den ASD und in der Jugendhilfe insgesamt und diese benötigen bessere Arbeitsbedingungen und deutlich mehr Spielräume für pädagogisches Handeln.

Gegenwärtig werden Kinder und Jugendliche, deren Eltern **Hilfe zur Erziehung** erhalten, häufig weit entfernt von ihrem Zuhause bei gewinnorientierten Trägern untergebracht, die vielfach mit repressiven Methoden

arbeiten. Es braucht stattdessen dringend wohnortnahe Lösungen, die nicht stigmatisieren und nicht ausschließen. Dafür müssen Kooperationszusammenhänge wie die erfolgreiche »Koordinierungsstelle individuelle Hilfen« auch in den Bezirken eingerichtet werden. Benötigt werden Ressourcen für kreative Lösungen und ein Ausbau von sozialräumlichen Einrichtungen wie Stadtteilzentren sowie Kinder- und Familienzentren. Für wohnungslose Jugendliche muss dringend der benötigte Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Für eine demokratische Verteilung der Mittel sind etablierte Gremien wie die Jugendhilfeausschüsse in ihren Entscheidungskompetenzen zu stärken. Die aus der politisch erzeugten Not geborene Praxis der Bezirke, mit Resten übrig gebliebener Haushaltsmittel die gravierendsten Probleme vor Ort zu beheben, muss aufhören.

Wir fordern:

- Eine Schule für Alle. Wir lehnen soziale Selektion und Konkurrenz auch in der Bildung ab.
- Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung und für jeden Bezirk ein weiteres Kinder- und Familienzentrum.
- In Neubaugebieten müssen Einrichtungen der OKJA und Treffpunkte wie Kinder- und Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Kitas und Krippen.
- Beitragsfreies Frühstück in allen Kitas und Grundschulen und beitragsfreies Essen an allen Schulen.
- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der Offenen Arbeit).
- Ein Rahmenkonzept sowie Koordinierungsstellen in allen Bezirken für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.
- Beitragsfreier Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu Sportvereinen, Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Verstärkte Anstrengungen zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive.
- Verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zur Kompensation der durch die Corona-Maßnahmen erzeugten Defizite.

Senior*innenarbeit: Freiräume erhalten und Mitbestimmung stärken!

Das hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz soll die aktive Teilnahme am sozialen Leben und die Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. DIE LINKE will, dass die Möglichkeiten dieses Gesetzes in allen Bezirken weiter ausgeschöpft und überall ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, um der Perspektive von älteren Menschen mehr Raum zu widmen.



Generationendialog vor dem Büro einer Geschichtswerkstatt (Foto: M. Joho)

Das Bezirksamt muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Senior:innen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

In allen Stadtteilen, insbesondere in den Großsiedlungen, müssen die Bezirksverwaltungen Senior:innentreffs fördern und mit hauptamtlichem Personal unterstützen. Wo es noch keine Senior:innentreffs gibt, sind diese einzurichten.

Für die Teilhabe von Senior:innen ist der barrierefreie, niedrigschwellige, mindestens kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar.

Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Wohnen im Alter oder die Qualität der Pflege sind in allen Einrichtungen zu garantieren. Dazu sind die entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr Personal auszustatten. Eine halbe Stelle für mehr als 700 private Pflegedienste in ganz Hamburg ist deutlich zu wenig.

Wir fordern:

- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Senior:innenarbeit und die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Senior:innenarbeit.
- Ein Konzept für die qualitative Ausweitung der Senior:innenarbeit in jedem Bezirk inklusive deren Finanzierung.
- Kostenlosen Zugang für Senior:innen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior:innen bei allen Planverfahren im öffentlichen Raum.
- Eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Toilettenversorgung in allen Bezirken und Stadtteilen.
- Mehr Bänke zum Ausruhen von mobilitätseingeschränkten Menschen in allen Bezirken und Stadtteilen.
- Kostenlose WLAN-Versorgung mit ausreichender Bandbreite in allen Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen.
- Ein deutlich kostenreduziertes Senior:innenticket im öffentlichen Nahverkehr.



Stadtteilkultur von unten, hier auf dem Hansaplatz (Foto: M. Joho)

Kultur vor Ort stark machen

Überall in Hamburg gibt es bedeutende Kunst und Kultur – sie muss aber für alle zugänglich und erreichbar sein. Über die Teilnahme darf nicht der Geldbeutel entscheiden.

Wir wissen: Die Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Vielfalt! Hier ist Platz für die Geschichtswerkstatt, das Treffen der Bürger:inneninitiative, die Lesung, das Streichquartettkonzert, die Chorprobe, den Tanz- oder Sprachkurs, die Vernissage oder die Kinderdisco: Stadtteilkulturzentren sind die Herzkammern des lokalen Kulturlebens – und ihre Aufgaben wachsen stetig.

Darum müssen sie auskömmlich und zukunftsorientiert finanziert werden. Dazu gehören Tariflöhne, Mindesthonorare und Planungssicherheit für ein vielfaltsorientiertes Angebot.

Kultur entsteht dort, wo Menschen leben – Kultur entsteht in den Stadtteilen! Wir wollen Kulturschaffende, Künstler:innen und Kreative vor Ort in ihrem Wirken und Arbeiten stärken.

Kultur braucht (Arbeits-)Räume – sie sind die Basis, damit Kultur entstehen kann! Bezahlbare Proberäume, Tonstudios, Ateliers für bildende Kunst, Tanz, Theater und Film sind hamburgweit Mangelware. Wir meinen, die Bezirke haben die große Chance, aktiv bestehende Orte zu sichern, zu erschließen und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung zu machen. So kann das kulturelle Leben in den Bezirken effektiv gestärkt werden!

Wir fordern:

- Eine deutliche Erhöhung der Stadtteilkulturmittel und eine auskömmliche Förderung der Stadtteilkulturzentren.
- Aufbau bzw. Aufnahme weiterer Kulturhäuser in die institutionelle Förderung.
- Kostenfreie Räume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter Laien.
- Kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche, Senior:innen, schwerbehinderte Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Die aktive Schaffung bezahlbarer Arbeits- und Produktionsräume im Bezirk.
- Kultur und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung in den Bezirken zu machen.

Und wer interessiert daran ist, wie die einzelne Bezirks-LINKE das Rahmenwahlprogramm konkretisiert, schaut am besten auf deren jeweilige Website. Nachfolgend mal als Beispiel die ersten Sätze des Eimsbütteler Wahlprogramms:



Gute Nachrichten für Eimsbüttel

In Hamburg leben über 40.000 Millionär*innen. Wenn du das hier liest, bist du wahrscheinlich eine oder einer von den restlichen 1,8 Millionen Einwohner*innen. Für uns alle macht DIE LINKE Politik. Natürlich auch in Eimsbüttel.

Du und die anderen 275.000: Für ein soziales Eimsbüttel
Hamburg ist eine wachsende Stadt und auch Eimsbüttel wächst. Lebten 2016 noch knapp 259.000 Menschen in Eims-

büttel, sind es inzwischen schon 275.000. Klar, dass so immer mehr wohnortnahe Angebote vor allem für Familien, Kinder und ältere Menschen benötigt werden. Der Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur bleibt jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück [...]

www.die-linke-eimsbuettel.de/start/aktuelles/

Kulturipp

Von Michael Joho

»Publicum Ex«

Prädikat: Rechtstreu



Ein besonderer Höhepunkt des politischen Theaters erwartet die Besucher*innen des Stücks »Publicum Ex«. Es wird von der Gruppe »kollektiv im Fenster« (kif) am **Wochenende 6./7. April** – am Samstag um 19.00 Uhr, am Sonntag um 17.00 Uhr – im **Kaisersaal des Rathauses** uraufgeführt. Und so wird die Veranstaltung von der Theatergruppe angekündigt:

Das Projekt dreht sich um den Cum-Ex-Komplex und die Verstrickungen der Hamburger Wirtschaft und Politik. Im Zentrum stehen der aktuell laufende Parlamentarische Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft sowie die über 1.000 Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen Jurist*innen und Banker*innen.

Diese politischen und juristischen Prozesse haben einerseits Licht auf die Lücken des Steuerrechts geworfen. Gleichzeitig haben sie durch ihre spezifische Sprache und die Rollenhaftigkeit ihrer Akteur*innen dazu geführt, die Öffentlichkeit noch weiter von der Sache selbst zu entfernen. Wird die Aufarbeitung ihrem Anliegen, Transparenz zu schaffen, gerecht oder ist sie ebenso verschleiern wie ihr Gegenstand, die Cum-Ex-Geschäfte?

In unserem Theaterstück beleuchten wir die strukturellen Hintergründe, die die Entstehung und Absicherung von Cum-Ex-Modellen überhaupt ermöglicht haben. Denn mit Cum-Ex enden die OTC-Geschäfte um den Dividendenstichtag, das bewusste Ausnutzen von Markt(in)effizienzen und die Suche nach Steuerschlupflöchern nicht. Sie werden fortgeführt, etwa mit dem weitverbreiteten »Cum-Cum«-Modell. Dafür sorgt auch »Creative Compliance.« Das bezeichnet den »ex-ante-Einsatz juristischer Expertise, um im Grenzbereich der Legalität unter kreativer Interpretation der Gesetze Anspruch auf Rechtstreu, bzw. zumindest fehlendes Unrechtsbewusstsein erheben zu können« (Lucia Sommerer). Damit liegt die Verantwortung, die die Akteur*innen wie die Aktien zwischen sich hin- und her schieben, nicht nur bei den Politiker*innen und Banker*innen. Cum-Ex ist, wie die aktuellen Ermittlungen zeigen, auch ein Rechtsskandal auf mehreren Ebenen.

Denn die juristischen Konstruktionen, Begriffe und Verfahren haben nicht nur bei der Entwicklung des Cum-Ex-Modells geholfen. Sie erhöhen, auch jetzt, bei der juristischen Aufarbeitung, durch ihre Geschlossenheit und Abstraktion, die Komplexität statt sie zu reduzieren. Und sie helfen, die kritische Öffentlichkeit von der Durchdringung der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Verflechtungen abzuhalten. Es fehlt ein öffentlicher Raum, Sorgen, Fragen und Bedürfnisse zu artikulieren und sich selbst ein Bild zu machen.

Wir wollen diesen Raum in einem Publikumsprozess kreieren. Durch freundliche Unterstützung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft ist es uns möglich, am 6. und 7. April ein multimediales Theaterstück im Kaisersaal des Hamburger Rathauses zu inszenieren – dem Ort, an dem auch die Sitzungen des Untersuchungsausschusses stattfinden. Die Aufarbeitung als Theaterstück stellt eine andere Form der Wissensvermittlung und der Kritik dar, die einen subjektiven Zugang der Zuschauenden zum Cum-Ex-Komplex in seinen verschiedenen Dimensionen ermöglicht. Die Hauptrolle spielt das Publikum.

Künstlerische Leitung obliegt Daria Bayer (Regie), Jule Martenson (Dramaturgie), Leokadia Melchior (Projektleitung) sowie Paula B. Mennerich (Video).

Anmeldung: www.linksfraktion-hamburg.de/theater ♦



Der Kaisersaal im Rathaus (www.eventbrite)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg